

# Per EU-Umweg zur Atommacht?

Deutschland und die „Europäisierung“ der Force de Frappe

von Jürgen Wagner

Am 7. Februar 2020 hielt der französische Präsident Emmanuel Macron eine mit Spannung erwartete Grundsatzrede, in der er mit Ankündigung die bereits seit einiger Zeit durch die Gegend geisternde Frage einer möglichen „Europäisierung“ des französischen Atomwaffenarsenals („Force de Frappe“) adressieren wollte. Ihre Bedeutung erhielt die Rede, die an sich wenig Neues enthielt, nicht zuletzt deswegen, weil im Vorfeld vor allem in Deutschland immer mehr Stimmen laut wurden, die von Frankreich mehr oder minder offen forderten, seine Nuklearwaffen auf diesem Weg gefälligst faktisch mit Deutschland zu teilen.

Das Thema wurde dann auch bei Macrons Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz am 15. Februar 2020 aufgegriffen, wo noch einmal deutlich wurde, dass er damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen möchte: Er will hierüber eine schrittweise Abkopplung von den USA befördern und gleichzeitig den französischen Einfluss innerhalb der Europäischen Union auf Kosten Deutschlands zurückdrängen.

Das eigene Atomwaffenarsenal sieht Macron hierfür als das probate Mittel an, weshalb er überhaupt nicht daran denkt, substanzielle Entscheidungsbefugnisse teilweise in andere – und schon gar nicht in deutsche – Hände zu legen. Weil Macron dies in seiner Rede wie auch bei der Sicherheitskonferenz mehr als deutlich gemacht hat, enthielten Teile der Reaktionen eine Mischung aus Enttäuschung, Ärger und manchmal sogar wenig versteckten Drohungen, dann müsse Deutschland eben über eigene Atomwaffen nachdenken.

## Deutschland: Atomare Avancen

Nicht erst seit Macrons Grundsatzrede ist eine mögliche „Europäisierung“ des französischen Atomwaffenarsenals innerhalb der deutschen Strategischen Gemeinschaft Gegenstand der Debatten. Ein solcher Schritt würde eine machtpolitische Emanzipa-

tion von den USA ermöglichen und gleichzeitig auch per Umweg endlich einen direkteren Zugriff auf die Bombe ermöglichen, den Hardliner schon seit etlichen Jahrzehnten anstreben.

Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, äußerte seine diesbezüglichen Vorstellungen bereits vor ziemlich genau einem Jahr: „Die atomaren Einsatz-Optionen Frankreichs sollten nicht nur das eigene Territorium, sondern auch das Territorium der EU-Partner mit abdecken.“

Zuletzt war es der CDU-Verteidigungspolitiker Johann Wadepuhl, der sich Anfang Februar im unmittelbaren Vorfeld von Macrons Grundsatzrede in die Debatte einschaltete: „Wir müssen eine Zusammenarbeit mit Frankreich bei den Nuklearwaffen ins Auge fassen [...] . Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Frankreich sie unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen.“

Seine nukleare Autonomie lässt sich Frankreich einiges kosten: „Jedes Jahr gibt Frankreich 4,5 Milliarden Euro für die nukleare Abschreckung aus, 20 Prozent seines Militärbudgets, hochgerechnet 20 Centimes pro Tag und Bürger. Die nötige Modernisierung des weniger als 300 Köpfe zählenden Atomwaffenarsenals wird in den nächsten fünf Jahren allein 37 Milliarden Euro kosten und auf insgesamt 50 Milliarden beziffert.“

Vor diesem Hintergrund machte sich der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter bereits vor einiger Zeit darüber Gedanken, wie – bzw. ob – denn Frankreich für die Abgabe diesbezüglicher Entscheidungs- und damit vor allem Machtkompetenzen finanziell kompensiert werden könnte. Er beauftragte damit den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, der auch gleich noch klären sollte, ob ein „europäischer“ Atomwaffenzugriff Deutschlands im Einklang mit dem „Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag“ (NVV) stehen würde. Daraufhin erklärte der Wissenschaftliche Dienst

am 23. Mai 2017 pflichtschuldig mit seinem Sachstand „Deutsche und europäische Ko-Finanzierung ausländischer Nuklearwaffenpotentiale“ alle rechtlichen Bedenken für irrelevant. „Die derzeitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands aus dem NVV und dem ‚Zwei-Plus-Vier-Vertrag‘ beschränken sich auf das Verbot eines Erwerbs von eigenen Atomwaffen (‚deutsche Bombe‘). Die ‚nukleare Teilhabe‘, wie sie bereits im Hinblick auf die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen praktiziert wird, verstößt ebenso wenig gegen den NVV wie die Ko-Finanzierung eines ausländischen (z.B. französischen oder britischen) Nuklearwaffenpotentials.“

Im Hintergrund von derlei Überlegungen steht eine grundsätzliche – und deutlich zunehmende – Skepsis gegenüber den USA, die augenscheinlich das Bedürfnis nach „nuklearen Alternativen“ mit befeuert. Für einen EU-Umweg zur Atombombe sprach sich laut FAZ in einer Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung auch eine Mehrheit der Bevölkerung aus – dass die aber nur ganz knapp über den 31 Prozent liegt, die Atomwaffen ganz weg haben will, vergisst das Blatt geflissentlich zu erwähnen: „Die klassische und nach wie vor tragende Variante – der amerikanische Nuklearschirm – ist nur noch für 22 Prozent der Befragten wünschenswert. Favorisiert wird stattdessen eine europäische Variante, mit Frankreich und Großbritannien als Garanten. 40 Prozent wünschen sich, dass Berlin sich in erster Linie um den nuklearen Schutz durch diese beiden Staaten bemüht, die zwar über Atomwaffen verfügen, allerdings deutlich weniger als die Vereinigten Staaten. Für die Idee, dass Deutschland sich selbst schützt und eigene Nuklearwaffen entwickelt, spricht sich nur eine kleine Minderheit aus. Sieben Prozent würden einen solchen Schritt begrüßen.“

Vor diesem Hintergrund wurde teils ein großer Wurf von Macron erwartet, wenn etwa die FAZ am Tag vor seiner Grundsatzrede eine Atommacht Europa herbeivisionierte: „Könnten französische Nuklearwaffen bald auch Deutschland schützen? Nach eigenem Bekunden will Macron den gaullistischen Unabhängigkeitsgedanken hinter der Atomstreitmacht weiterentwickeln – im europäischen Sinne. [...] Sollte am Ende des Ausbaus der europäischen Verteidigungskapazitäten auch ein europäischer Nuklearschirm stehen?“

### **Frankreich: Non, mais...**

Wie zu erwarten war, erteilte Macron allen Vorstellungen, sein Land werde substanzielle Entscheidungsbefugnisse in Atomwaffenfragen abgeben, eine mehr als deutliche Absage. Schon als Ischinger im Februar 2019 seine nukleare Charmeoffensive Richtung Paris richtete, wurde dies abschlägig beschieden. In der FAZ

hieß es damals: „Frankreich ist nach dem Brexit die einzige Nuklearmacht in der EU. Doch es sieht nicht so aus, als wolle sich das Land schützend vor die Staatengemeinschaft stellen: Dass Macron nicht zur Sicherheitskonferenz nach München kommt, ist dafür nur ein Indiz.“

Für seine jetzige Grundsatzrede wählte der französische Präsident mit der „Ecole de Guerre“ einen symbolträchtigen Ort, nämlich den, wo Charles de Gaulle am 3. November 1959 den Aufbau der „Force de Frappe“ angekündigt hatte. Der Blog Augengeradeaus fasste die zwei Kernbotschaften – Absage und Angebot – der Macron-Rede folgendermaßen zusammen: „Zur Force de Frappe, der französischen Atomstreitmacht, sagte Macron im Wesentlichen nichts Neues: die Entscheidung über den Einsatz behalte sich Frankreich selbst vor; eine Einbindung in die Nukleare Planungsgruppe der NATO ist nicht geplant. Frankreich werde aber gerne mit seinen Partnern in einen strategischen Dialog über diese Waffen eintreten.“

So klar Macron etwaigen Vorstellungen einer Europäisierung der „Force de Frappe“ eine Absage erteilte, so deutlich bot er aber eben auch an, das Atomwaffenarsenal – unter französischer Hoheit – in den europäischen Dienst zu stellen: „Um es deutlich zu sagen: Die vitalen Interessen Frankreichs haben fortan eine europäische Dimension“. Er brachte dabei die Option für einen „strategischen Dialog“ über die „Rolle der nuklearen Abschreckung Frankreichs“ ins Spiel. Das kann aus seiner Sicht bis hin zur Einbindung in konkrete Manöver gehen: „Die europäischen Partner, die sich in dieser Richtung engagieren wollen, könnten eingebunden werden in die Übungen der französischen Abschreckungskräfte.“

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz erneuerte Macron dieses Angebot: „Ich biete jetzt einen strategischen Dialog mit allen Partnern, die das wünschen, auch im atomaren Bereich.“

Wie bereits eingangs angesprochen, dürfte Macron mit seinem Vorstoß zweierlei Dinge im Blick haben: Einmal gilt es unter EU-Strategen als zwingend erforderlich, mit Deutschland eine Übereinkunft in Sachen Atomwaffen zu finden, ohne die eine Abkoppelung oder gar Gegenmachtbildung zu den USA, mit der Paris ja permanent liebäugelt, unmöglich wäre. Nicht von ungefähr gab Macron auf der Münchner Sicherheitskonferenz mehr oder weniger deutlich dieses Ziel aus und forderte Deutschland auch gleich noch auf, hier nicht mehr weiter zu zaudern, wie die FAZ berichtete: „Frankreichs Präsident will Europa in zehn Jahren sicherheitspolitisch auf eigene Beine stellen. [...] Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat Deutschland auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu einer schnelleren Antwort auf seine europäischen Initiativen

aufgerufen. Er sei zwar nicht ‚frustriert‘, aber ‚ungeduldig‘, sagte Macron am [15. Februar 2020]. Er forderte ‚klare Antworten‘ Deutschlands und Frankreichs auf die derzeitigen Probleme in Europa.“

Auf der anderen Seite würde eine stärkere Rolle der französischen Atomwaffen in der europäischen Strategieplanung, wie ebenfalls bereits angedeutet, den Einfluss des Landes gegenüber Deutschland solange stärken, wie es die volle Kontrolle über alle relevanten Entscheidungen behält. Und nachdem genau dies die Absicht Macrons ist, wurde in Deutschland teils recht verschnupft auf seine Initiative reagiert.

### **Kaum verhohlene Drohungen**

Die Reaktionen auf Macrons-Rede schwankten in Deutschland vor allem zwischen zwei Polen. Da wären einmal diejenigen, die alle Überlegungen in Richtung einer stärkeren Europäisierung der Atomwaffenfrage – nicht zu Unrecht – ohnehin als eine mögliche Abtake- lung der Nuklearen Teilhabe der NATO und damit eine Axt an einem engen Bündnis mit den USA betrachten. Das bereits vorausseilend kurz vor Macron veröffent- lichte Bekenntnis von Verteidigungsministerin Anne- gret Kramp-Karrenbauer dürfte zum Beispiel in diesem Zusammenhang zu sehen sein: „Wir stehen unter dem Nuklearschirm der Nato.“

Eine Mittelposition nimmt hier Wolfgang Ischinger ein, der dafür plädierte, die Vorschläge von Macron aufzunehmen: „Sollten wir dieses Angebot annehmen? Dringlich ja! Weil wir nicht darauf vertrauen können, dass wir auf ewig unter der wunderbaren amerikani- schen Käseglocke uns nur mit uns selber beschäftigen können, das ist aus meiner Sicht Traumtänzeri.“

Weil Macron hier aber keine „Atommacht Europa“ mit weitreichenden deutschen Mitspracherechten anbot, tummeln sich am Ende des Spektrums diejenigen „Strategen“, die extrem verärgert über die französische Weigerung sind, die mit vielen Milliarden aufgebaute „Force de Frappe“ einem deutschen Teilzugriff zu überantworten. Sie plädieren mal mehr, mal weniger offen deshalb für eine deutsche Atombewaffnung.

Politische Hochkaräter haben sich diesbezüglich – wohl hauptsächlich aus PR-Gründen – bislang zurück- gehalten, derzeit noch sind es eher Personen aus der zweiten oder dritten Reihe, die sich in dieser extre- men Richtung äußern. In der jüngeren Debatte war es nicht zuletzt der emeritierte Politikprofessor Christian Hacke, der sich lautstark einmischte: „Russland ist zu kalkulieren, nämlich als revisionistische Macht. Und Putin ist ein erstklassiger Machiavellist, der genau weiß, wie er die russische Stärke wieder aufbaut. [...] Das ist alles brandgefährlich. Und dann sind wir in einer Situation, brutal ausgedrückt, realistisch, sind



Macron spricht bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2020. Quelle: MSC/Kuhlmann.

wir Hammer oder sind wir Amboss? Und wir sind als Nicht-Nuklearmacht einfach Amboss. Und wir sind von anderen abhängig und wenn man drüber diskutiert, dann geht es vor allem um unsere eigene, um unsere nationale Sicherheit.“

Teile des Establishments nehmen nun aber Macrons – aus machtpolitischer Sicht nachvollziehbare – Absage an eine weitreichende Teilung atomarer Entscheidungs- prozesse zum Anlass, die Frage nach einer deutschen Atombewaffnung mal weniger, mal mehr verklausu- liert, erneut aufzurufen. So polterte beispielsweise Jacques Schuster, Chefkomentator der Welt, kurz nach Macrons Rede: „Präsident Emmanuel Macron hat den europäischen Partnern einen ‚strategischen Dialog‘ angeboten – und macht zugleich klar, dass er die Kon- trolle über die französischen Atomwaffen behalten will. Das kann Deutschland nicht hinnehmen. [...] ‚Die größte Eselei der deutschen Nachkriegsgeschichte war die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag‘, schrieb Johannes Gross vor Jahrzehnten. [...] Sollten die Ame- rikaner unter Donald Trump oder einem seiner Nachfol- ger auf die Idee kommen, die Europäer ihrem Schicksal zu überlassen und die Nato für überflüssig zu erklären, muss eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft in letzter Konsequenz gemeinsam über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden. Verweigert sich Frankreich, die letzte Atommacht der EU, dieser Einsicht, wird es nicht mehr nur ein einzelner Publizist sein, der die deutsche Unterschrift unter den Atomsperrvertrag für eine Eselei hält.“